

FORUM

NBU sachlich – die Fakten

(Entgegnung zur Stellungnahme von Sigi Langenbahn, Präsident des LANV, unter der Rubrik FORUM in der Volksblatt-Mittwochs Ausgabe)

Sehr geehrter Herr Langenbahn

Das NBU-Referendum bewegt mich als Bürgerin dieses Landes, wenn ich mir Überlegungen über unsere Zukunft mache. Ich frage mich wirklich besorgt, ob wir es uns leisten können, für eine Versicherung gegen Freizeitunfälle jährlich einige Millionen Franken Landesbeitrag auszugliessen, wovon ein wesentlicher Teil ins Ausland fliesst. In Ihrem Leserbrief greifen Sie mich persönlich an und werfen mir Unsachlichkeit vor. Wie genau gehen Sie mit den Fakten um?

1. Sie schlagen Lösungen vor, um die es bei der Abstimmung gar nicht geht. Es kann dort nur Ja oder Nein gestimmt werden: Mit einem Ja wird die Regierungsvorlage angenommen, mit einem Nein abgelehnt.

2. Sie unterstellen, mit der Abschaffung der NBU-Subvention würde ein schlechender Sozialabbau betrieben. Die Sozialausgaben stellen aber den mit Abstand grössten Ausgabenposten des Landes dar und sie wachsen auch am schnellsten: Die Ausgaben für Soziales und Gesundheit steigen von 2000 bis 2004 um 46 % an. Im gleichen Zeitraum müssen in der laufenden Landesrechnung aber Rückgänge um 11 % verkraftet werden. Wie soll diese Lücke Ihrer Ansicht nach geschlossen werden? Die Abschaffung der NBU-Subvention sichert die Möglichkeit, bei wirklich wichtigen Sozialausgaben über genügend Mittel zu verfügen.

3. Sie können es formulieren wie Sie wollen. Aber Tatsache ist, dass nur Erwerbstätige die NBU-Versicherung zahlen, und zwar für Nichtberufsunfälle (NBU), also für Freizeitunfälle. Nur Personen mit einem Einkommen profitieren von dieser Landessubvention und nur um diese geht es bei der Abstimmung. Dass Personen ohne Einkommen über die Krankenversicherung für Freizeitunfälle abgedeckt sind, bedeutet eben, dass sie höhere Krankenversicherungsprämien zahlen müssen, weil es für sie die NBU nicht gibt.

4. Ich habe mich vergewissert: Von der NBU-Subvention profitieren auch die Grenzgänger. Nach seriösen Schätzungen fließen über 40 % des Landesbeitrags ins Ausland. Das muss man auch sagen dürfen. Üblicherweise sollen von Subventionen die Einwohner profitieren, die schliesslich auch Steuern zahlen. Die Grenzgänger zahlen bekanntlich die Einkommenssteuer aber in ihrem Wohnland.

5. Zu den Zahlen: Sie haben schon Recht, dass die NBU-Subvention in diesem Jahr 2004 weniger als 10 Mio. Franken ausmacht, weil die Versicherungen die Prämie gesenkt haben. Ich habe mich auf das Jahr 2002 bezogen, für das gesicherte Zahlen vorliegen, und das waren 9,55 Mio. Franken. Da nach verschiedenen Aussagen die Beschäftigung im Jahr 2003 wieder etwas angestiegen sein dürfte, hat sich sicherlich auch die NBU-Prämiensumme und damit der Landesbeitrag erhöht. Die 10 Mio. Franken sind für die letzten beiden Jahre also gar nicht so falsch. Ihre entrüstete Reaktion, die Sie dazu treibt, mir Falschaussagen und unwürdiges Verhalten zu unterstellen, geht entschieden zu weit.

6. Wenn ich alles zusammennehme, komme ich als Bürgerin dieses Landes zum Schluss, dass wir angesichts rückgängiger Staatseinnahmen «Luxus-Subventionen» streichen müssen, damit wir genügend Geld für die wirklich wichtigen Sozialaufgaben haben. Offenbar ist vielen Bürgerinnen und Bürgern noch nicht klar geworden, dass sich auch das Land Liechtenstein nicht mehr Dinge leisten kann, die es in anderen Ländern nie gegeben hat und die auch in der Schweiz vor Jahrzehnten abgeschafft wurden.

Hildegard Marxer
Eichenstrasse 48, Eschen

36 uniformierte Polizisten

76 Polizeibeamte mit hoheitlichen Befugnissen



FOTO PAUL HUBER/HE

Innenminister Alois Ospelt zeigte Argumente und Fakten für das Sicherheitszentrum auf.

VADUZ – Ein «Ja» zum Sicherheitszentrum bedeute ein «Ja» zur inneren Sicherheit, ein «Ja» zum heimischen Gewerbe, ein «Ja» zur Verantwortung für die Zukunft und ein «Ja» zur Risikobekämpfung. Innenminister Alois Ospelt zeigte die Fakten auf, welche für eine Investition in die Sicherheit sprechen.

• Peter Kindle

Die Regierung führt zwar keinen Feldzug für den Bau des Sicherheitszentrums Liechtenstein, will aber ihrer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nachkommen. Um die innere Sicherheit auch in Zukunft zu wahren, soll die nötige Infrastruktur bereitgestellt werden.

Keine zweite Polizeikrise herbeirufen

Im Jahre 2001 hat sich der Landtag einstimmig – also auch die Op-

position – für die Erweiterung der Sicherheitskräfte auf 130 Personen ausgesprochen. Demzufolge hat der Landtag indirekt auch grünes Licht für die Bereitstellung der dafür notwendigen Infrastrukturen gegeben. Kann nun das Sicherheitszentrum Liechtenstein – die Heimat für Polizei, Untersuchungsgefängnis, Passamt sowie MFK – nicht errichtet werden, so ist zumindest die Landespolizei mit einer Perspektivenlosigkeit konfrontiert, wie sie schon in den Jahren 1999 und 2000 herrschte.

Eine zweite Polizeikrise wollte der Landtag in einhelliger Meinung vermeiden und stimmte einer Personalaufstockung zu. Der PUK-Bericht zeigte die Fakten schon damals deutlich auf. Eine Ablehnung des Baus eines Sicherheitszentrums würde wiederum verhindern, weiteres Personal für die Sicherheitskräfte bereitzustellen. Betrachtet man die wachsende Kriminalität und die steigenden Anforderungen

an die Sicherheit, so würde dies auch den Bestrebungen des benachbarten Auslandes widersprechen, welche bemüht sind, die Weichen für die Zukunft zu stellen, indem Personal und Infrastruktur bereitgestellt wird. «Wir müssen in die Zukunft denken», so das Fazit der Regierung. «Ein Nein würde bedeuten, dass Liechtenstein in Zukunft weniger Sicherheit will. Und das mit allen Konsequenzen.»

Für das heimische Gewerbe

Nicht nur die Wahrung der Sicherheit möchte die Regierung mit diesem Bauvorhaben für die Zukunft gewährleisten: in konjunkturschwachen Zeiten sei es Aufgabe des Staates, antizyklisch zu investieren und die Wirtschaft anzukurbeln. «Der grösste Teil der Investitionssumme von 31,5 Millionen Franken kommt dem heimischen Gewerbe zugute und sichert hunderte von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.»

FACTBOX

Sicherheit in Zahlen

- Sicherheitszentrum für 31,5 Mio. (anstelle von ursprünglich 51 Mio.) für Polizei, MFK, Passamt und Untersuchungsgefängnis
- Derzeitiges Polizeigebäude für max. 85 Mitarbeiter ausgelegt (jetzt 103 Beschäftigte)
- Total 103 Angestellte bei der Polizei, davon 36 Beamte im uniformierten Aussendienst, 27 Zivilangestellte
- Polizei bearbeitete 19 726 Notrufe im Jahr 2003 (insgesamt über 50 000 Anrufe)
- Untersuchungsgefängnis bewältigte insgesamt 5068 Hafttage im Jahr 2002
- Passamt verwaltete rund 12 000 Dossiers im Jahr 2002
- Personalaufstockung auf 130 Mitarbeiter vom Landtag im Jahr 2001 einstimmig beschlossen
- Ablehnung des Sicherheitszentrums würde Ausbau der einstimmig beschlossenen Sicherheitskräfte verhindern
- Fehlende Infrastrukturen schaffen
- Investitionssumme von 31,5 Mio. kommt überwiegend dem heimischen Gewerbe zugute (Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen)

Vergleichszahlen Bauten

- Schulhaus Resch Schaan: 43,2 Mio.
- Landtagsgebäude: 41,5 Mio.
- Landesarchiv: 31,8 Mio.

Das Projekt «Sicherheitszentrum» kann für 31,5 Mio. realisiert werden, nachdem mittels Kostenmanagement rund 20 Mio. bis zur Ideal-Lösung eingespart wurden. (pk)

«Die NBU-Subvention ist unsozial»

FBP-Landesvorstand befürwortet Abschaffung der NBU-Landessubvention

VADUZ – «Die Landessubvention der Nichtbetriebsunfallversicherung (NBU) ist unsozial, weil sie eine Ungleichbehandlung schafft»: So brachte gestern Abend Regierungsrat Hansjörg Frick die NBU-Diskussion auf den Punkt.

• Martin Frommelt

Der Landesvorstand, das zweithöchste Gremium der FBP, befürwortete gestern Abend an seiner Sitzung in Vaduz die Abschaffung der Landessubvention von einem Drittel der Prämie.

Nur Liechtenstein leistet sich diesen Luxus

Wie Hansjörg Frick sagte, ist die NBU eine bewährte Versicherung, die keineswegs in Frage gestellt werde. Die NBU-Subvention sei jedoch eine Luxussubvention, die sich sonst niemand mehr auf der Welt leiste. «Wenn wir die Staatsfinanzen einigermaßen in den Griff bekommen wollen, dann müssen wir den Mut haben, solche Luxussubventionen abzuschaffen», so Hansjörg Frick.

5 Franken pro Monat

Bei einer NBU-Prämie von 1,287 Prozent des versicherten

Lohnes müsste ein Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 50 000 Franken gemäss Hansjörg Frick künftig bei einer Abschaffung der staatlichen Subvention künftig pro Monat 53 Franken bezahlen, während es bisher inklusive Prämie 49 Franken sind. Mit einem durchschnittlichen Beitrag von 5 Franken pro Monat könnte ein Arbeitnehmer somit die Differenz zum Drittel-Staatsanteil ausgleichen.

Sozialstaat wurde um 46 Prozent ausgebaut

Mit einem Sozialabbau habe die Abschaffung nichts zu tun, betonte der Regierungschef Otmar Hasler. Wie er anhand von Zahlen belegte, wurden die staatlichen Ausgaben für den Sozialstaat seit dem Jahre 2000 um 46 Prozent ausgebaut, und dies bei einem Rückgang der Einnahmen um 11 Prozent! Beispielsweise seien alleine die Staatsbeiträge für die AHV um 68 Prozent erhöht worden. Die Sozialausgaben des Staates pro Kopf sind von 3581 Franken im Jahre 2000 innerhalb von vier Jahren auf heute 4971 Franken gestiegen. «Wer hier noch von Sozialabbau spricht, der verdreht die Tatsachen», so Regierungschef Hasler.

Wie der Regierungschef ausführte, würde in der Schweiz der NBU-



Regierungsrat Frick: «Nein zu unsozialer Luxussubvention.»

Bundesbeitrag bereits 1967 abgeschafft. Schon damals sei darauf hingewiesen worden, dass sich die Voraussetzungen grundlegend verändert hätten.

In der Schweiz als sozial abgeschafft

Auch in der Schweiz sei damals argumentiert worden, dass diese staatliche Subvention unsozial sei, weil sie keinen Ausgleich schaffe, sondern im Gegenteil für eine Ungleichbehandlung der Bür-

gerinnen und Bürger, beispielsweise zum Nachteil von Senioren und Hausfrauen, sei deshalb zu besichtigen, hiess es damals. Ausserdem sei es auch nicht Aufgabe des Staates, undifferenzierte Subventionen für Freizeitunfälle auszuschiessen. Wie der Regierungschef ausführte, sei die Regierung auch überzeugt, dass sich der Staat nicht den Luxus leisten wolle, rund 40 Prozent der Subventionen einfach ins Ausland fließen zu lassen.

Nein zu abgestuftem Modell

In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, warum statt einer grundsätzlichen Streichung nicht ein abgestuftes Modell eingeführt werden könne, das den sozial schwächeren entgegenkomme. Der Hauptgrund: Ein solches Modell, bei dem es um monatlich 5 bis 8 Franken gehe, würde dadurch einen administrativen Aufwand nach sich ziehen, der in keinem Verhältnis mehr zur Subvention stehen würde. Es sei deshalb weitaus zielführender, dieses Geld auf effektivere Art den weniger Bemittelten zukommen zu lassen. Dies umso mehr, als der Staat durch die Abschaffung der NBU-Prämie dann allein 4 bis 5 Millionen Franken pro Jahr mehr zur Verfügung habe, die bisher durch diese Pauschalsubvention ins Ausland fliesse.

ANZEIGE



6 bis 8 Büroräume in Eschen zu vermieten

JOSEPH WOHLWEND
TREUHAND AG VADUZ
TEL. +423 237 56 00 / www.jwt.li